

Dresdner Volkszeitung

Postfach-Nummer: Dresden, Laden & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altbau.

Abonnementpreis: einjährig 800, — M., durch die Post bezogen monatlich 80, — M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 280, — M., Einzelnummer 60, — M., Sonnabendnummer 70, — M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6 Spalten, Rampenzeitung 100, — M., die 8 Spalten 120, — M., auswärts 125, — M., Ausland 800 u. 2500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 80 M.

Nr. 18

Dresden, Montag den 22. Januar 1923

34. Jahrg.

Das Ruhrgebiet vor dem Generalstreik

Der Abwehrkampf im Ruhrgebiet verschärft sich von Tag zu Tag. Wutopfer sind gefallen, Bergwerksdirektoren und Unternehmer sind von den französischen Gewalttätigen beraubt worden, die Arbeiterschaft mehrerer Zechen beantwortete die Gewalttätigkeit mit der Arbeitsniederlegung. Der Generalstreik in einem Gebiet, das mindestens eine halbe Million allein Bergarbeiter umfasst, steht vor der Tür. Die Lage ist, voll solcher Gefahren, daß man sich namentlich in den Kreisen unserer ausländischen Genossen nach einer Vermittlung umsieht. Unser Prager Bruderblatt, Der Sozialdemokrat, ebenso wie die Wiener Arbeiterzeitung beurteilen den französischen Raubzug mit aller Schärfe und fordern das Eingreifen des Völkerverbundes. Nach der Wiener Arbeiterzeitung besteht die Hoffnung, daß von zwei neutralen Mächten entsprechende Anregungen gemacht werden sollen; die eine dieser Mächte würde ohne Zweifel Schweden sein, dessen sozialistischer Ministerpräsident damit im Sinne aller pazifistischen Elemente Europas handeln würde.

So wünschenswert uns auch eine solche Wendung erschiene, so soll man nicht auf sie bauen, solange sie nicht da ist. Vorkäuflich gilt es für uns, gegen den Gewaltakt so viel eigene Widerstandskraft aufzubringen, als irgendwie möglich und zweckdienlich erscheint. Die Vorstandskonferenz, die jüngst stattfand und an der die Spitzen der sozialdemokratischen Organisationen und der freigeberischen Arbeiter- und Angestelltenverbände teilnahmen, forderte angesichts der gegenwärtigen gefährlichen Lage „ein geschlossenes Zusammengehen der gesamten Arbeiterbewegung“. Wenn in den französischen Machthabern nicht in letzter Stunde noch die Befinnung steigt, so dürfte in dem verheerenden Gebiet binnen kurzem ein allgemeiner Generalstreik ausbrechen, in dessen vordersten Reihen die sozialdemokratische Arbeiterschaft kämpfen würde.

Unsere Anhängerschaft hat die Erfüllungspolitik des Kabinetts Birth gebilligt. Neben dem, was wir jetzt erleben neben den Gefahren, die mit Deutschland auch ganz Europa bedrohen, war diese Politik, die darauf ausging, wiederzugeschaffen, was in unseren Kräften stand, zweifellos das Beste, das wir und unsere Anhängerschaft sind wegen dieser Haltung von der reaktionären Meute als Vaterlandsverräter, Franzosenhunde und was sonst noch beschimpft worden. Heute, wo der französische Großkapitalismus es vorgezogen hat, sich mit Gewalt zu nehmen, wonach ihm geschieht, macht die sozialdemokratische Arbeiterschaft im Ruhrgebiet und in ganz Deutschland wahr, was sie immer als ihren sozialdemokratischen Grundgedanken hochgehalten hatte: sie wird das Selbstbestimmungsrecht des eigenen Volkes mit aller Energie auch gegen auswärtige Angreifer verteidigen.

Wir haben dieses Selbstbestimmungsrecht innerhalb des eigenen Volkes gefordert in langen schweren Kämpfen der Vorkriegszeit, wir haben uns gewandt gegen die Diktatur unserer herrschenden Klassen mit allen Kampfsmitteln, die der Arbeiterschaft zu Gebote standen. Diese Auseinandersetzung ist gegenwärtig noch nicht zu Ende. Aber wenn wir das Selbstbestimmungs- und Mitbestimmungsrecht des eigenen Volkes gegen feudales und kapitalistisches Bedrückertum im eigenen Lande verteidigen haben, so werden wir es einem Poincaré, Foch, oder wie die Vertreter eines auswärtigen Militarismus heißen mögen, nicht preisgeben. Die Bergwerksunternehmer des Ruhrgebietes haben sich der Fremdherrschaft widergesetzt, haben sich der Gewalt bis heute nicht gebeugt. Sie rufen damit in eine Kampffront mit der gesamten Ruhrbevölkerung. Damit werden auch dort die sozialen Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum wieder befeuert noch gemildert; dieser Gegensatz wird gegenwärtig nur überdient durch fremde Agenten, die die Kanakaten der Fremdherrschaft und militärischen Vergewaltigung dienen. Möglich, daß Herr Poincaré erwartet hat, im Ruhrgebiet eine Arbeiterschaft vorzufinden, die seinen Bestrebungen gegenüber unpolitisch sei. Möglich, daß er gehofft hat, die Arbeiterschaft würde ihr Vaterland verraten, weil sie mit den Vergewaltigern dieses Reviers manchen harten Strauß auszufechten hatte und noch auszufechten haben wird. Leute, die militärisch denken, sind ja immer kurzfristig. Aber die Poincarés und Fochs, helfen wie drüben, werden auch an diesem Beispiel erkennen, daß das Bekenntnis der Arbeiterschaft zur Notwendigkeit der internationalen Verständigung alles andre als den Verzicht auf die Lebensrechte des eigenen Volkes bedeutet. Nach der Befreiung des linken Rheinflusses war es die Arbeiterschaft, die wiederholt von deutschbörselichen Elementen beständiger Verleumdungen überführt verhindern half, und sollte einmal die traurige Stunde kommen, wo der von den Imperialisten überm Rhein ersetzte Herrschling Deutschlands unmittelbare Wirklichkeit zu werden droht, so würde sich die organisierte freiheitliche Arbeiterbewegung als eins der härtesten Wälder des Zusammenhaltes erweisen.

Wir Sozialdemokraten streben als eines der nächsten europäischen Ziele jene große Völkergemeinschaft an, deren Formen des Völkerverbundes der fortgeschrittenen Weltwirtschaft entsprechen, die alle Kräfte innerhalb der europäischen Völkergemeinschaft unmöglich machen und Streitigkeiten wie Interessengegensätze durch die von allen Völkern gewählten Vertretungen entscheiden und schlichten läßt. Wie heute etwa

in Deutschland Reichstag und Bundesrat über die wirtschaftlichen Angelegenheiten der einzelnen Staaten entscheiden. Das Bewußtsein, daß die gesamte internationale Arbeiterschaft einen gemeinsamen Feind hat, nämlich das internationale Ausbeutertum, und daß alle Kämpfe dagegen von der Arbeiterschaft nach internationalen Gesichtspunkten geführt werden müssen, bestärkt gerade den Sozialisten in der Erkenntnis, daß eine allgemeine Völkerverständigung und Völkerverständigung nur denkbar ist auf der Grundlage der internationalen Solidarität aller Schaffenden, des Selbstbestimmungsrechtes jeder Nation und des Mitbestimmungsrechtes innerhalb der großen Völkergemeinschaft.

Diese untreu Kerngedanken internationalen Völkerverbundes tritt das französische Gewaltmeiertum gegenwärtig mit Füßen. Es möchte Deutschland mit gepanzerter Faust das Herz herausreißen, das unter Industrielle jene Kräfte zum pulse, ohne die unsere Wirtschaft verkümmern muß. Im Abwehrkampf gegen diesen Anschlag auf unsere Lebensrechte wird die gesamte freiheitliche Arbeiterschaft Deutschlands hinter ihren Brüdern im Ruhrgebiet stehen. Wir sind dabei entfernt davon, in das gleiche Schicksal zu stoßen, wie jene nationalistischen Selbsthüter in eigenem Lande, die von kriegerischen Abenteurern träumen. Und eine „Einheitsfront“ mit Leuten, die jeden Widerstand bezwingen möchten, um der Republik den Thron umzubringen, die in der neuesten Nummer der Deutschen Zeitung verächtlichen Kampf gegen „Sozialisten, Kommunisten und Juden“ predigen, ist so wenig denkbar wie etwa eine Einheitsfront von Karben und Kaninchen. Unser Widerstand gegen das Bedrückertum aller Arten wird durch solche Karbeit jedoch nicht gemindert, sondern moralisch verstärkt.

Zuspitzung

Essen, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Situation im Ruhrgebiet spitzt sich zu. Nach misshandelter Verhandlungen, Verhandlungsversuchen und ebensowenig erfolgreichen Maßnahmen ging man nun zum zweiten Teil des Programms über: marschieren zur Tat. Die französischen Kräfte sind bereit, eine große Zahl Verhaftungen von Betriebsführern zu erlauben, auch der Großindustriellen. Die nach außen hin den Widerstand der Industriellen repräsentierende, wenn er auch keineswegs die einzige Seite des Widerstandes ist, befindet sich unter den Betroffenen. Sollten die französischen Generale damit gerechnet haben, daß die Bevölkerung, daß die Arbeiterschaft diese Maßnahmen billigen würde, so sind sie sich selbst selbst überlassen. Sollten sie einem Entziffer der Ereignisse in die Verfassung der 32 Ruhrkreisläufe, in den Eingriff in die Depositen der Banken fügen, dann hat man gründlich die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Bevölkerung empfindet die Besetzung des Ruhrgebietes als Invasion, sie empfindet die Verhaftung deutscher Betriebsführer, die nichts weiter getan haben, als nach dem Anhalten der französischen Besätze nicht zu tanzen, als gemeine PreSSION, sie empfindet alle Eingriffe in deutsches Gut als Raub und Diebstahl und läßt es sich nicht verbieten, das Kind beim rechten Namen zu nennen. Sie läßt sich das Recht nicht nehmen, zu zeigen, wie sie über das Treiben des französischen Militarismus denkt. Die Herren Generale erlauben sich eine Anzahl Deutscher, die sie weigern, für den französischen Militarismus Schandendienste zu leisten, gefangen zu nehmen? Wohlan, aus der Handvoll werden Hunderttausende von Händen, die diese Sklavensklaverei verweigern. Wiederaufbau? Ja! Sklavensklaverei? Nein! Man wird am Montag sehen, was die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet über die „friedlichen“ Methoden des Herrn Poincaré denkt.

Die Verhaftungen

Essen, 21. Januar. Die Verhaftungen von Direktoren werden fortgesetzt. Die Verhafteten transportiert man sofort nach Mainz, wo am Dienstag gegen sie vor einem Reichsgericht verhandelt werden soll. Weiter wurden verhaftet: Eisenbahnpräsident Jahn und Baurat Busch in Essen, Sozialrat Werner und Zollamtmann Plate in Dortmund, doch wurden sie auf Versteht vorläufig wieder aus der Haft entlassen. In einer Entschließung der Arbeiter- und Angestelltenchaft der Essener Steinkohlenbergwerke, die gegen die Verhaftung der Bergbauvertreter schärfsten Einspruch erhebt, wird binnen 48 Stunden deren Freilassung



Die Lage im Ruhrgebiet am 22.1.23

erfordert, widrigenfalls alle geschlossen geschlossen sind, geeignete Maßnahmen durchzuführen. Eine Abordnung wurde beauftragt, in Mainz vorstellig zu werden.

Düsseldorf, 21. Januar. Als gestern die Vorsteher des Landesfinanzamts Düsseldorf im Gebäude des Finanzamts zu einer dienstlichen Besprechung über Steuerfragen versammelt waren, drangen französische Gendarmen in das Gebäude ein, hielten die Versammelten 1 1/2 Stunden lang fest und schloßen schließlich die Räume des Gebäudes mit Gewalt durch.

Essen, 20. Januar. Der Präsident des Landesfinanzamts Essen, Hühling v. Langenauer, im Alter von 62 Jahren, wurde auf Befehl der Franzosen ausgewiesen.

Wiesbaden, 21. Januar. Oberförster Schmidt-Flender ist von der interalliierten Rheinlandskommission ausgewiesen worden, weil er sich weigerte, den Anordnungen der Kommission Folge zu leisten.

Die Arbeiter in vorderster Reihe

Düsseldorf, 22. Januar. Eine Konferenz von Arbeit- und Gewerkschaftsfunktionären aus dem alt- und neubereuten Gebiet, die gestern außerhalb der besetzten Zone tagte, trat dem Beschlusse der Berliner Vorstandskonferenz vom 19. Januar einmütig bei. Die Beschlüsse der Verbandsobersten haben Zeugnis dafür ab, daß ein einmütiger Kampfwille die gesamte Arbeiterschaft befeuert. Die Konferenz war sich einig darin, daß die Arbeiterschaft den schweren und vielwöchigen Abwehrkampf gegen den verübten Mordbruch in vorderster Reihe führen werde. Darum legt die Konferenz auch das größte Gewicht darauf, daß die Arbeiterschaft über alle zu ergreifenden Maßnahmen rechtzeitig Bescheid und für ihre Ernährung und ausreichende Entlohnung genügend gesorgt wird.

Proteste und Streit

Düsseldorf, 20. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Betriebsräte der Ruhrenwerke, die insgesamt 65 000 Arbeiter vertreten, machten am Sonnabend nachmittag dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf wegen der Verhaftung von Fritz Thünen einen Besuch, um mit ihm eventuelle Maßnahmen zu besprechen. Der Regierungspräsident, Genosse Grüner, begab sich mit den Betriebsräten zu den Kommandierenden Generälen der Besatzungsgruppe. Unter anderem forderten die Betriebsräte sofortige Freilassung von Fritz Thünen, andernfalls wird Einstellung der Arbeit am Montag früh bis zur Freilassung erfolgen. Besondere Entlohnung erregte die Bemerkung des Obersten Regier, daß die Verhaftung Thünes „mitte“ ausfallen würde, wenn die Arbeiter über Arbeit blieben.

Essen, 21. Januar. Die Verhaftung der Vertreter des Ruhrbergbau hat im Kohlenbergbau eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Auf den Becken sind zahlreiche Protestkundgebungen erfolgt. Sofort sind sieben Beiden in den Proteststreik eingetreten, und zwar die Bechen Graf Busch, Königshaus, Klein-Neuhausen, Wolfshaus, Viktoria Mathias, Herules und Dahlbusch. Am Montag dürfte der Streik eine ungeheure Ausdehnung erfahren.

Essen, 21. Januar. Gestern nachmittag sind noch einmal auf einigen Stadtbezirken französische Ingenieure erschienen und haben vergeblich versucht, die Arbeiter und Angestellten durch Versprechungen um Gewinnbeteiligung, Beförderung usw. zu gewinnen. Die Arbeiterschaft der Stadtbezirk St. Gertraud, die die der privaten Zechen zu einmütigen Widerstand entschlossen.

Der Verkehr stillgelegt!

Düsseldorf, 21. Januar. Die Eisenbahnen — Beamte und Arbeiter — des neu besetzten Gebiets sind am Sonntag in einen 24stündigen Proteststreik eingetreten. Auch der Personenverkehr ruhte am Sonntag vollständig.

Dortmund, 21. Januar. Die Beamten und Arbeiter des hiesigen Hauptbahnhofes haben Infolge eines ersten Eingriffes der Besatzungsbehörde heute früh 5 Uhr die Arbeit niedergelegt. Die über Dortmund fahrenden Züge müssen umgeleitet werden.

Essen, 22. Januar. Heute treten die Bergarbeiterorganisationen und Eisenbahnerverbände zu einer entscheidenden Sitzung zusammen, in der über die Frage eines eventuellen Generalstreiks im Ruhrgebiet beraten soll.

Forderungen der Bergarbeiter

Essen, 20. Januar. (W. Z. B.) Die Bergarbeiterverbände erlassen eine Erklärung, in der es heißt: Wir protestieren energisch 1. gegen den widerrechtlichen Einmarsch französisch-bolschewistischer Truppen in das Ruhrgebiet, 2. gegen jeden Eingriff betrieblicher Elemente in den Bergwerkbetrieb und die Verwaltung, 3. gegen die gefährliche Besetzung der Bergwerke und die Unterbringung militärischer Kommandos auf den Zechen, 4. gegen die Verhaftung von Werkleitern und Beamten, 5. gegen die Entlassung von friedlichen Bürgern.

Um die Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen, fordern wir:

- 1. Sofortige Freilassung der Bergwerke und Zwickelung der Selbstverwaltung der Zechen,
 - 2. Freigabe der Werkleitungen und Beamten,
 - 3. Sicherheit für Leben und Eigentum der friedlichen Bevölkerung,
 - 4. Zurückziehung der Truppen aus unserm sonst friedlichen Wohn- und Arbeitsgebiet.
- Wir erwarten, daß die Besatzungsbehörde den berechtigten Forderungen Folge leistet. Werden unsere Forderungen nicht gehört,